

Antrag

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

vom: 21.12.2005

eingegangen: am 21.12.2005

21. Sitzung des Gemeinderates am 21.02.2006**TOP 16**Vorlage Nr. 575 Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 1

Dienstanweisung zum Kauf fair gehandelter Waren

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Die Verwaltung wird alle Vergabestellen der Stadt beauftragen, Waren aus „fairem Handel“ zu beziehen und Waren aus regionaler, möglichst ökologischer Produktion zu bevorzugen.

Eine Änderung der Vergabe-Dienstanweisung der Stadt bleibt vorbehalten.

itänderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Finanzielle Auswirkungen

nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)

nein ja durchgeführt am

Abstimmung mit städtischen Gesellschaften

nein ja abgestimmt mit

Die Stadt Karlsruhe hat sich in Beschlüssen zur Agenda 21 zu einer nachhaltigen Entwicklung bekannt. Auch auf internationaler Ebene diskutieren die Kommunen Wege, wie durch eigenes nachhaltiges Wirtschaften und durch die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung die weltweit zukunftsfähige Entwicklung vorangetrieben werden kann. Mit der Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 182 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, Maßnahmen gegen die schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu ergreifen. Diese Verpflichtung gilt im Rahmen der Bundestreue auch für die deutschen Kommunen. Die Stadt Karlsruhe kann durch ein eindeutiges Signal der Ächtung ausbeuterischer Kinderarbeit Vorbild sein für private Verbraucherinnen und Verbraucher wie für Großabnehmer. Damit kann sie einen Anreiz für Produzenten und Händler schaffen, sich ernsthaft mit dem Problem der Kinderarbeit auseinander zu setzen.

Die Verwaltung wird alle Vergabestellen der Stadt beauftragen, Waren aus "fairer Handel" zu beziehen und Waren aus regionaler, möglichst ökologischer Produktion zu bevorzugen, sofern ein entsprechendes Angebot verfügbar ist. Das Umweltamt wird hierzu eine Liste von Lieferanten und Produzenten zusammenstellen, über die fair gehandelte Waren bezogen werden können.

Über den Erfolg dieser Maßnahmen wird sich das Umweltamt durch die einzelnen Fachbereiche berichten lassen. Das Ergebnis wird in den Jahresbericht aufgenommen. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit wird über das Ergebnis der Prüfung informiert werden.

Eine Änderung der Vergabe-Dienstanweisung der Stadt bleibt vorbehalten. Nach derzeitiger Rechtslage ist nicht unstrittig, den "vergabefremden Gesichtspunkt" der Kinderarbeit und die Bevorzugung von Waren aus regionaler, möglichst ökologischer Produkten bei der Vergabe zu berücksichtigen.